

**Sauberkeit und Ordnung in der Innenstadt:  
Schöpft die Stadt alle Möglichkeiten der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen und Anlagen der Stadt Krefeld aus?**

Die FDP-Stadtratsfraktion erwartet von der Stadtverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Verkehr am 3. Dezember eine Stellungnahme zu der Umsetzung der Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und den noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zum Einschreiten.

"Anlässlich des Abrisses der Häuser Ostwall 130 und 132 und des geplanten Neubaus hat der Investor Kritik an der Durchsetzung der Verordnung durch die Stadtverwaltung hinsichtlich des Einschreitens gegen das Urinieren in Hauseingängen und das Übernachten von alkoholisierten Personen in Hauseingängen geäußert. Ebenfalls kritisiert wurde die Duldungspolitik der Stadtverwaltung gegenüber der Drogenszene auf dem Theaterplatz", so Ratsherr Joachim Konow, Mitglied des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Verkehr.

Die FDP-Stadtratsfraktion übt seit längerem Kritik an der "stillschweigenden Duldung der sukzessiven Verwahrlosung der Krefelder City" und sieht Handlungsmöglichkeiten nicht nur in polizeilicher, sondern auch in ordnungsbehördlicher Hinsicht. Erst vor kurzem hatte deshalb die Fraktion im Ordnungsausschuss das "aggressive Betteln in den Fußgängerzonen" zum Thema gemacht. Hierüber hatten sich immer wieder Einzelhändler beschwert. Die Liberalen sehen allerdings bislang wenig Bereitschaft von Stadtverwaltung und Polizei "zu einem gemeinsamen koordinierten Einschreiten".

"Es handelt sich auch, aber eben nicht nur um eine sozialpolitische Problematik", so Konow.